WIRTSCHAFT UND ÖKOLOGIE 05.10.2023 | Ignacio Urbasos

Neue Wasserstoff-Diplomatie

Die EU setzt auf grünen Wasserstoff. Besonders die Kooperation mit Lateinamerika hat enormes Potential – doch alte Fehler müssen vermieden werden.

Seit der Veröffentlichung der EU-Wasserstoffstrategie im Juli 2020 spielt Wasserstoff eine wichtige Rolle in den europäischen Debatten über Dekarbonisierung, Infrastrukturentwicklung, Industriepolitik und Energiesicherheit. Die EU hat sich zum Ziel gesetzt, bei der Regulierung von Wasserstoff, der Entwicklung von neuen Technologien sowie als Produzent und Importeur von Wasserstoff eine weltweit führende Position einzunehmen. Spätestens mit der russischen Invasion in der Ukraine und der Veröffentlichung der REPowerEU-Ziele für erneuerbaren Wasserstoff ist die weitere Entwicklung in diese Richtung das Kernstück des sogenannten „Netto-Null-Industrie-Gesetzes“ der Union. Die außenpolitische Dimension dieser Strategie – in Form von Importen, technologischer Entwicklung und Investitionen – hat eine veritable europäische „Wasserstoffdiplomatie“ hervorgebracht, die sich auf drei Funktionen konzentriert: die globale Dekarbonisierung voranzutreiben, die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der EU-Industrie zu steigern und die Energiesicherheit der Union in Krisenzeiten zu stärken.

Die Wasserstoff-Entwicklung in lateinamerikanischen und karibischen Staaten (LAK) erfolgt hingegen langsamer und deutlich heterogener. Die Länder der Region konzentrieren sich aktuell primär auf den Einsatz von Solar- und Windenergie sowie auf erschwinglichen Energiezugang in der aktuell angespannten und komplexen Wirtschaftslage. Mit der Veröffentlichung seiner ambitionierten nationalen Strategie für 2020 hat sich Chile an die Spitze der Entwicklung von erneuerbarer Energie in der Region gesetzt, gefolgt vom sogenannten Südkegel und Kolumbien. Wie auf der anderen Seite des Atlantiks sind die Erwartungen, die damit geweckt werden, riesig und haben in den vergangenen zwei Jahren große Aufmerksamkeit seitens der Politik und der Wirtschaft erregt. Im Bereich erneuerbarer Wasserstoff konnten bislang hingegen keine großen Projekte realisiert werden. Das liegt vor allem daran, dass es an lokalen Abnehmern mangelt.

Sowohl in Europa als auch in Lateinamerika befindet sich der erneuerbare Wasserstoff noch in einem sehr frühen Entwicklungsstadium. Allerdings scheint es positive Synergien zwischen den Potentialen und Bedürfnissen der beiden Regionen zu geben. Die EU könnte die LAK-Länder unterstützen beim Aufbau und der Entwicklung einer Industrie für erneuerbaren Wasserstoff, als Investor für die Produktion und den lokalen Verbrauch, bei der Gestaltung der öffentlichen Politik und Regulierung und schließlich als potentieller Abnehmer und Verbraucher von Produkten aus erneuerbarem Wasserstoff aus Lateinamerika. Dabei sollte jedoch ein Konzept für erneuerbaren Wasserstoff entwickelt werden, das die Wiederholung von früheren Abhängigkeitsverhältnissen vermeidet und tatsächlich positive wirtschaftliche und soziale Entwicklungen in Lateinamerika begünstigt. Zu diesem Zweck sollte die EU der industriellen Entwicklung im Zusammenhang mit Wasserstoff in den LAK-Ländern selbst – Stichworte Düngemittel, Stahl, Raffinerie und Petrochemie – Vorrang einräumen, anstatt Exporte zu fördern, mit dem lediglich das Defizit an erneuerbaren Energien in gewissen EU-Mitgliedstaaten gedeckt würde.

Die institutionelle Zusammenarbeit zwischen der EU und lateinamerikanischen Ländern bei der Entwicklung von Wasserstoff hat in den vergangenen zwei Jahren gute erste Ansätze, viel Interesse und Dynamik erkennen lassen. Multilaterale Organisationen, Kooperationsbehörden und die Privatwirtschaft wurden einbezogen und haben sich beteiligt. Die EU setzt ihre Aktivitäten in der LAK-Region hauptsächlich über zwei brandneue Kanäle um: *Global Gateway* sowie die sogenannte *Global Green Bond Initiative* für LAK-Staaten. Zwar gilt das Potential dieser beiden Instrumente als enorm, allerdings müssen sie nachjustiert und verbessert werden, um die ausgegebenen ambitionierten Ziele tatsächlich erreichen zu können.

Es ist von entscheidender Bedeutung, dass Wasserstoffprojekte realitätsnah sowie umsetzbar sind und exportorientierte Megaprojekte vermieden werden.

Um eine „strategische Vision“ für europäische Investitionen zu schaffen und diese mit Kooperations- und Entwicklungsbemühungen zu koordinieren, hat die Europäische Kommission auf dem EU-Celac-Gipfel im Juli die *Global Gateway Investment Agenda* für Lateinamerika und die Karibik vorgestellt. Diese Agenda gilt als Grundlage für die Förderung von Investitionen im Wert von insgesamt 45 Milliarden Euro bis 2027, insbesondere in den Bereichen Konnektivität (5G-Netze), Energiewende (erneuerbare Energien, E-Mobilität, Wasserstoff und Rohstoffe) sowie Umweltkooperation

(Verhinderung der Abholzung von Wäldern und nachhaltige Landwirtschaft). *Global Gateway* soll *das* zentrale Instrument zur Koordinierung der Zusammenarbeit zwischen der EU auf der einen Seite sowie Lateinamerika und der Karibik auf der anderen werden.

Allerdings ist die bisherige Entwicklung von *Global Gateway* seit ihrer ersten Erwähnung im Jahr 2021 enttäuschend. Es bedarf eines neuen Ansatzes, der die Governance-Mechanismen verbessert, der die (positiven) Auswirkungen auf die Entwicklung der Empfängerländer aufzeigt, der das Verantwortungsdefizit lokaler Akteure verringert sowie die Kommunikation und Glaubwürdigkeit insgesamt deutlich verbessert. Es muss unbedingt vermieden werden, Narrative zu bedienen oder selbst vorzulegen, die als neokolonial wahrgenommen werden könnten. Nur so kann ein kooperativer Ansatz erreicht werden, der die Vorteile der engeren Verknüpfung lateinamerikanischer mit EU-Initiativen aufzeigt. *Global Gateway* muss darüber hinaus vermeiden, LAK-Projekte zur rein exportorientierten Wasserstoffproduktion zu finanzieren, da solche Projekte den Zugang zu CO_2-freier Energie für die lokale Nutzung erschweren oder den örtlichen Versorgungsnetzen schaden dürften.

Die *Global Green Bonds Initiative* für Lateinamerika und die Karibik ist derweil ein weiteres wichtiges Instrument, um Kapital für die Finanzierung einer entstehenden Wasserstoffwirtschaft in der Region zu mobilisieren und den Zugang zu europäischen Investitionen zu erleichtern. Die groß angelegten und finanzstarken Unterstützungsprogramme für heimische Industrien in den USA (*Inflation Reduction Act*) und der Europäischen Union (*Next Generation EU*) sowie der aktuelle Anstieg der Zinsraten machen es umso dringender notwendig, Lateinamerika günstige finanzielle Rahmenbedingungen zu bieten, um auch dort Investitionen in die Energiewende anzuziehen.

Die Ausgabe solcher Anleihen, deren Verzinsung von der effektiven Reduzierung der Emissionen oder anderen sozioökonomischen Parametern abhängt, könnte es der Region ermöglichen, die bestehende „Klimafinanzierungslücke“ im Globalen Süden zu verringern. Der wichtigste Beitrag der EU zur Entwicklung eines solchen innovativen Kapitalmarktes besteht darin, bereits gemachte Erfahrungen bei der Festlegung vergleichbarer Parameter und wirksamer Überwachungsmechanismen einzubringen und so für Transparenz für Investoren zu sorgen. Darüber hinaus kann Brüssel Allianzen mit multilateralen Organisationen wie der Interamerikanischen Entwicklungsbank eingehen, um größere institutionelle Kapazitäten für

die Entwicklung eines Kapitalmarktes zu schaffen, der auf die Energiewende in der Region ausgerichtet ist. Dadurch könnten sich dann auch neue Chancen für die Entwicklung von erneuerbarem Wasserstoff und der gesamten dazugehörigen Wertschöpfungskette ergeben.

Die Europäische Union und Lateinamerika haben komplementäre Wasserstoffprofile.

Es ist von entscheidender Bedeutung, dass Wasserstoffprojekte realitätsnah sowie umsetzbar sind und exportorientierte Megaprojekte vermieden werden. Frühere Erfahrungen wie das Scheitern von *Desertec* sollten ebenso als Warnung wie als Leitfaden für die Gestaltung von Wasserstoffstrategien in Lateinamerika dienen. Vorrang sollte dabei die lokale Dekarbonisierung haben, auch wenn dies sowohl für führende nationale als auch für globale politische Akteure weniger attraktiv sein mag. Dies muss allein schon aus Eigeninteresse geschehen: Denn wenn das Scheitern von Wasserstoff-Megaprojekten zu neuen Schuldenfallen im Globalen Süden führt, würde dies insbesondere die Glaubwürdigkeit der EU als globaler Akteur im Kampf gegen den Klimawandel in Frage stellen.

Deshalb sollte sich die EU auf Projekte konzentrieren, mit denen insbesondere die Industrieemissionen reduziert werden, die dem europäischen CO_2-Grenzausgleichsmechanismus CBAM unterliegen, der ab 2026 eingeführt wird. Lateinamerika ist einer der Kandidaten, die von einer Neuordnung der Handelsströme aufgrund der Dekarbonisierung und der Prozesse der Deglobalisierung und des sogenannten *Friendshoring* profitieren können. Neben Produktionskapazitäten für erneuerbaren Wasserstoff sind Strategien erforderlich, die die Entwicklung neuer CO_2-armer Wertschöpfungsketten in den LAK-Ländern und eine Einbindung ihrer nachgelagerten *Downstream*-Produkte in den Handel mit der EU einschließen.

Aus lateinamerikanischer Sicht erscheinen Kooperationen, die vorrangig auf den Eigenverbrauch auf dem Kontinent selbst ausgerichtet sind, sozial, wirtschaftlich und ökologisch nachhaltiger als solche, bei denen es in erster Linie um den Export von Wasserstoff geht. Die EU sollte in diesem Zusammenhang ein Entwicklungskonzept verfolgen, bei dem einseitige Energieströme (wie wir sie von fossilen Energieträgern kennen) ebenso vermieden werden wie Protektionismus-Tendenzen.

Es ist wichtig, die Erwartungen angemessen zu handhaben und erneuerbaren Wasserstoff als einen potentiell einflussreichen Energiezweig zu präsentieren – mit all seinen Chancen und Grenzen. Die Europäische Union und Lateinamerika haben komplementäre Wasserstoffprofile, die eine neue strategische Annäherung zwischen den beiden Regionen begünstigen könnten. Diese Zusammenarbeit sollte jedoch in den breiteren Handlungsrahmen des europäischen *Green Deal*, der Energiewende und der nachhaltigen Entwicklung Lateinamerikas eingebettet sein. Die Wasserstoffdiplomatie der EU muss die Forderungen und Wünsche der lateinamerikanischen Akteure einbeziehen und ihnen Gehör schenken. Nur so kann sie wirklich ökologisch und sozial nachhaltig werden.

Aus dem Englischen von Tim Steins



Ignacio Urbasos
Madrid

Ignacio Urbasos ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich Energie und Klima am *Real Instituto Elcano*. Er hat einen Abschluss in internationalen Beziehungen von der Universität Navarra und einen Master-Abschluss in internationaler Energie vom *Institut d'Etudes Politiques de Paris*.